

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## BAIKONUR

### ■ ANALYSE

Das Raumfahrtzentrum Baikonur: Kooperation und Konflikte zwischen Russland und Kasachstan

2

Von Zhulduz Baizakova, Almaty

### ■ CHRONIK

22. Februar – 28. März 2014

7



Forschungsstelle Osteuropa  
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

**MANGOLD**  
Consulting

**VDW**  
Verband der Deutschen  
Wirtschaft in der  
Republik Kasachstan

**giz** Deutsche Gesellschaft  
für Internationale  
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

## Das Raumfahrtzentrum Baikonur: Kooperation und Konflikte zwischen Russland und Kasachstan

Von Zhulduz Baizakova, Almaty

### Zusammenfassung

Der nach dem Zerfall der Sowjetunion auf kasachstanischem Territorium liegende Weltraumbahnhof Baikonur verbindet das Land nolens volens mit der Russischen Föderation. Beide Seiten haben ein Interesse an seiner weiteren Nutzung, die konkreten Bedingungen waren und sind allerdings immer wieder Gegenstand auch strittiger Verhandlungen. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die vertraglichen Regelungen wie auch die Probleme ihrer Umsetzung, beschreibt die politischen wie ökologischen Folgen von Raketenfehlstarts und stellt die Frage nach der Zukunft des gemeinsamen Erbes im Bereich der Raumfahrt.

Das Raumfahrtzentrum Baikonur wurde im Jahr 1955 mit dem Ziel errichtet, es zur wichtigsten derartigen Anlage in der Sowjetunion zu machen. Wie beim Atomtestgelände Semipalatinsk war die Ortswahl nicht zufällig. Beide Einrichtungen befinden sich in abgelegenen Regionen inmitten der kasachischen Steppe, mit einer geringen Bevölkerungsdichte und weit entfernt von den großen Industriestädten. Die sowjetischen Experten für Weltraumforschung wussten, dass man im Falle von Raketenfehlstarts die zerstreuten Reste der Raketen einschließlich der abgestoßenen Raketenstufen nur sehr schwer würde lokalisieren und wegschaffen können. Die Tatsache, dass nur wenige Menschen im Umkreis lebten, spielte auch deshalb eine Rolle, weil die Starts möglichst wenig Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollten. Wie meist in sowjetischen Planungen fehlte der Gedanke an potentielle Schäden der Gesundheit der Bevölkerung und ihres Viehs dagegen in allen Kalkulationen.

Das Territorium des Kosmodroms umfasst 6.717 km<sup>2</sup>, das ist acht Mal so groß wie Berlin. Daneben gab es weitere Flächen in den beiden zentralkasachstanischen Gebieten Kysylorda und Karaganda, die als Teil des Raumfahrtkomplexes genutzt wurden. Baikonur funktionierte (in der Sowjetzeit) auf höchster Auslastungsstufe.

### Vertragliche Regelungen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 war es eine der Prioritäten der Russischen Föderation, sich die weitere Nutzung von Baikonur zu sichern. Für die Jahre 1991 bis 1994 gibt es keine zuverlässigen Informationen über Raketenstarts. 1994 unterzeichneten das unabhängige Kasachstan und Russland einen 10-Jahres-Pachtvertrag für Baikonur bis 2004, und man begann den Komplex erneut intensiv zu nutzen. Im Jahre 2004 unterzeichneten die beiden Präsidenten Wladimir Putin und Nursultan Nasarbajew dann ein neues Abkommen, mit dem die Pacht bis 2050 verlängert wurde.

Die Stadt Baikonur als solche hat ca. 73.000 Einwohner, von denen 50 % einen russischen Pass haben. Die Stadt wird mit 1.16 Mrd. Rubel (31,83 Mio. US-Dollar) jährlich aus dem Budget der Russischen Föderation unterstützt. Es gelten besondere Sicherheitsvorschriften für die Tätigkeit von Organisationen, Unternehmen und anderen Einrichtungen und auch für die Einwohner. Seit 2002 führt Russland aber keine Starts von militärischen Satelliten mehr von Baikonur aus durch; es finden zumeist kommerzielle Raketenstarts oder bemannte Raumfahrtmissionen statt.

Gemäß dem Abkommen über Grundprinzipien und -bedingungen der Nutzung des Kosmodroms Baikonur (unterzeichnet am 28. März 1994) und dem Pachtabkommen für Baikonur, das 1994 geschlossen wurde, teilen sich die beiden Staaten die Jurisdiktion und sonstige administrative Verantwortlichkeiten, mit denen die Stadt Baikonur und der Raumfahrtbahnhof verwaltet werden. Das Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan vom 23. Dezember 1995 über den Status der Stadt Baikonur und über das Verfahren zur Bestellung ihrer Exekutivorgane und deren Status legte ein besonderes Verwaltungssystem für die Stadt fest. Artikel 1 unterstreicht, dass die Stadt Baikonur eine administrativ-territoriale Einheit der Republik Kasachstan ist, die unter Pachtbedingungen funktioniert. Ein Sonderbeauftragter des Präsidenten der Republik Kasachstan überwacht die Einhaltung der Gesetze Kasachstans hinsichtlich der verfassungsmäßigen Rechte von kasachstanischen Staatsbürgern, die auf dem Territorium Baikonurs wohnen oder arbeiten. Die Gesetze der Russischen Föderation erstrecken sich auf das militärische und zivile Personal mit russischer Staatsbürgerschaft einschließlich ihrer Familienangehörigen.

1994 wurde die Pacht für Baikonur auf 115 Mio. US-Dollar jährlich festgesetzt. Bis 1999 funktionierte Baikonur allerdings praktisch ohne reale finanzielle Gegenleistung. Russland zahlte, indem es die Staatsschulden Kasachstans, deren Höhe der Öffentlichkeit bis heute

nicht bekannt ist, reduzierte. Ein Teil der Pacht wurde auch in Form von Gütern gezahlt. Daneben soll Russland auch noch insgesamt 100 Mio. US-Dollar für die Erhaltung seiner Einrichtungen beigesteuert haben. Die RF zahlt aber keine Steuern und andere Abgaben und hat das Recht auf Nutzung der Wasserressourcen auf dem Territorium von Baikonur. Bis heute ist die genaue Höhe der tatsächlichen gesamten Gebühren, die Kasachstan seit 1994 von Russland für die Verpachtung von Baikonur erhalten hat, ebenfalls öffentlich nicht bekannt. Experten schätzen, dass Kasachstan für den Zeitraum 1994–2010 insgesamt 1,9 Mrd. US-Dollar erhalten hat, wobei nach internationalen Bewertungsmaßstäben Anlagen und Ausrüstungsgegenstände des Weltraumbahnhofs mindestens 600 Mio. US-Dollar jährlich wert sind. Der Zentralasienspezialist Alexander Cooley schreibt, dass die Gesamtsumme der Pachtgebühren für Baikonur die höchste ist, die Russland bis zum heutigen Tag für die Nutzung von aus der Sowjetzeit stammenden Einrichtungen im postsowjetischen Raum vertraglich zu zahlen bereit ist.

Seit 2007 bemüht Kasachstan sich um den Abschluss eines Abkommens mit Russland zur Festsetzung einer Pacht für die vom Absturz von Raketen (teilen) betroffenen Gebiete Aktobe und Kustanai nördlich von Baikonur. Russland hat sich bereit erklärt 460.000 US-Dollar jährlich zu zahlen; Kasachstan verlangt jedoch 2 Mio. US-Dollar. Aufgrund verschiedener Verzögerungen ist das Abkommen bisher noch nicht unterzeichnet worden.

### Miteinander oder gegeneinander?

Ein Beispiel für die Raumfahrtkooperation zwischen Russland und Kasachstan sind die drei nationalen Satelliten (Kazsat-1, Kazsat-2, Kazsat-3), die in Russland für Zwecke der kasachstanischen Telekommunikation gebaut worden sind. Kazsat-1 startete 2006, Kazsat-2 2011. Kazsat-3 soll planmäßig am 27. April 2014 ins All geschossen werden. Der Start aller drei Satelliten erfolgte mit Hilfe einer Proton-M-Trägerrakete. Kazsat-1 hat nur drei Jahre funktioniert, bevor er betriebsunfähig wurde. Er war vom staatlichen russischen Chrunitschew-Forschungs- und Produktionszentrum für Raumfahrt konstruiert worden. Kasachstan hat das Raumfahrtzentrum sofort für den Verlust verantwortlich gemacht, aber erst 2011 die ihm zustehende Kompensation von 45 Mio. US-Dollar erhalten; dabei hatte es für das Projekt insgesamt 65 Mio. US-Dollar ausgegeben.

Der Außenminister Kasachstans, Jerlan Idrissov, hat einmal darauf verwiesen, dass Baikonur ein gemeinsames kasachstanisch-russisches Erbe sei, das den Wohlstand beider Länder mehre, und die Hoffnung geäußert, dass es niemals Anlass zu Streitigkeiten zwischen

Kasachstan und Russland sein werde. Man muss jedoch auch feststellen, dass die offiziellen Vertreter Kasachstans schon mehrfach versäumt haben, die nationalen Interessen ihres Landes bei den Verhandlungen mit Russland stärker durchzusetzen. So hat zum Beispiel die Frage der Höhe der Pachtgebühren nie wirklich eine Rolle gespielt, obwohl der Direktor der kasachstanischen Nationalen Raumfahrtbehörde, Talgat Musabajew, darauf hingewiesen hat, dass 115 Mio. US-Dollar 1994 einen anderen Wert hatten als im Jahr 2014. Er gab auch zu, dass es Kasachstan gerne sehen würde, dass Russland Baikonur so lange wie möglich pachtet. Mit anderen Worten, Russland sollte Baikonur niemals aufgeben. Eines der Hindernisse bei der Umsetzung geschlossener Abkommen und Abmachungen lag, laut Musabajew, in der Person des früheren Direktors von Roskosmos (Raumfahrtbehörde der Russischen Föderation, Anm. d. Übers.), Wladimir Popowkin; diese Situation habe sich nach dessen Ablösung im Oktober 2013 verändert.

Russland plant derzeit, die Mehrzahl von Raketenstarts in der Zukunft von anderen Einrichtungen aus vorzunehmen. Gegenwärtig befindet sich im Fernen Osten das Kosmodrom Wostotschnyj im Bau, das 2015 in Betrieb gehen und 2020 seine volle Kapazität erreichen soll. Zurzeit finden 75 % aller russischen Raketenstarts von Baikonur aus statt, doch Roskosmos plant eine Umverteilung, so dass im Jahre 2030 90 % aller Starts von Plesezk (Gebiet Archangelsk) und Wostotschnyj aus stattfinden sollen.

Vom russischen Standpunkt aus ist es ein Nachteil der Proton-Raketen, dass sie nur von Baikonur aus in Umlauf gebracht werden können. Auch werden einige ihrer Bestandteile, sehr zum Missfallen des russischen Verteidigungsministeriums, das Hauptabnehmer dieser Raketen ist, im Ausland produziert. Die in Kürze zur Verfügung stehende Angara-Rakete ist daher ein starker Konkurrent für den Prototyp, weil sie von Plesezk und Wostotschnyj aus starten kann. 2004 hatten Russland und Kasachstan sich vertraglich zum Bau einer neuen Raketenabschussrampe mit dem Namen Baitek in Baikonur verpflichtet, die gemeinsam unterhalten, genutzt und auch finanziert werden sollte. (Die Kosten sind bereits von den ursprünglich veranschlagten 800 Mio. US-Dollar auf 1,6 Mrd. US-Dollar explodiert.) Die kasachstanischen Vertragspartner hatten dort auf den Einsatz der leichteren und umweltfreundlicheren Angara-Rakete gehofft, in Moskau wurde aber die Entscheidung getroffen, eine Abschussbasis für Angara-Trägerraketen in Wostotschnyj zu bauen und die neue Rampe in Baikonur für Trägerraketen vom Typ Zenit zu nutzen. Die Situation für die kasachstanische Seite hat sich damit völlig verändert. Zurzeit liegt das Projekt vorläufig auf Eis.

Eine weiteres grundsätzliches Problem, das im allgemeinen nicht in Medienberichten und anderen analytischen Quellen erwähnt wird, liegt darin, dass Baikonus technologische Ausstattung einschließlich der Ausrüstungsgegenstände im Jahr 2023 ihre Höchstlebensdauer, also im Grunde die Verschleißgrenze, erreichen wird, so dass der Raumfahrtbahnhof vom technischen Standpunkt aus nicht mehr funktionsfähig wäre. Einige Experten meinen, dass dies eines der Hauptmotive dafür ist, dass Moskau die Verlagerung der Raketenstarts nach Wostotschnyj plant.

Der Einsatz von Proton-Raketen wird auf jeden Fall abnehmen, die entscheidende Frage ist, ob sie letztlich ganz von Angara-Raketen ersetzt werden können und ob Baikonur dann immer noch als Abschussbasis für russische Raketen genutzt werden wird. Moskau setzt bei den Verhandlungen über die Pacht von Baikonur diverse Druckmittel ein. Die Drohung, Baikonur völlig aufzugeben, da ab 2020 alle Raketenstarts von anderen Einrichtungen erfolgen könnten, gehört bereits dazu.

### **Umweltverschmutzung und Gesundheitsschäden**

Es gibt Besorgnis erregende Bestandsaufnahmen über die Folgewirkungen von Raketenfehlstarts. Der letzte misslungene Start ereignete sich am 2. Juli 2013. Die Rakete war mit drei Satelliten bestückt, die zur Verstärkung des Globalen Satellitennavigationssystems (GLO-NASS) dienen sollten. Aufgrund kleinerer technischer Fehler stürzte die Rakete wenige Sekunden nach dem Start ab. Der Schaden für die russische Seite beträgt 6 Mrd. Rubel (164,6 Mio. US-Dollar). Unmittelbar nach dem Absturz verbot der russische Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin den Start aller Proton-Trägerraketen, solange die Sonderkommission zur Untersuchung des Unglücks ihre Arbeit nicht abgeschlossen habe. Nachdem die Ergebnisse vorlagen, übte er heftige Kritik an Roskosmos und dessen Strukturen.

Die Katastrophe führte wegen der 600 t dabei ausgetretenem UDMH (Unsymmetrisches Dimethylhydrazin, russ. Heptyl, Anm. der Übers.) zu enormer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und einem Aufschrei in der Bevölkerung Kasachstans. Das Ereignis führte zu vereinzelt Demonstrationen vor den russischen diplomatischen Vertretungen in Almaty und Astana. Ein Protestler, der eine Ein-Mann-Demonstration vor der Nationalen Raumfahrtbehörde in Astana veranstaltet hatte, wurde zu einer Strafe von umgerechnet 180 US-Dollar verurteilt. Eine Welle negativer Medienberichte und Debatten über ein Ende der Verpachtung von Baikonur folgten. Einige kasachstanische Intellektuelle haben nie aufgehört, die russischen Regelungen

und Bedingungen für die Nutzung des Baikonur-Komplexes in Frage zu stellen.

Eine weitere Proton-M-Rakete startete dennoch am 29. September 2013, kurz nach dem letzten Absturz, und führte zu einer weiteren Welle von Protesten. Obwohl dies zu starken Spannungen zwischen Moskau und Astana führte, stimmte Kasachstan wegen Bedenken hinsichtlich der Umweltbelastung im Jahr 2013 nur 12 von 17 beantragten Raketenstarts zu. Moskau führte an, dass es 500 Mio. US-Dollar Verluste machen würde, wenn die restlichen Starts nicht stattfänden, und verlangte ein Überdenken der Entscheidung. Es blieb aber bei den 12 Starts mit Proton-M-Raketen, während es 2012 14 gegeben hatte; für 2014 plant Russland 16 Starts.

Es gibt keine ausführliche chronologische Zusammenstellung der durch Raketenfehlstarts verursachten Umweltschäden. Nach jedem Absturz schätzt Kasachstan den Schaden und gibt eine Zahl an, nur um von der russischen Seite ignoriert zu werden, die eine andere, generell bedeutend niedrigere, Bewertung vornimmt. 1999 gehörte zu den Jahren, in denen sich diverse Abstürze von Proton-Raketen ereigneten. Das führte dazu, dass beide Länder ein – bisher allerdings weitgehend Makulatur gebliebenes – Abkommen unterzeichneten, um für sichere Raketenstarts zu sorgen und die Frage der Kompensation für Umwelt- und Gesundheitsschäden zu lösen. Doch Moskau benutzte weiterhin Proton-Raketen. Nach jedem Absturz gibt es in den betroffenen Gebieten längere Regenperioden. Experten haben festgestellt, dass die Bewohner von Dörfern rund um Baikonur ernsthafte Gesundheitsprobleme haben, einschließlich Störungen des Hormonsystems und der Blutbildung. Der Kern des Problems liegt darin, dass es sich bei dem in Proton-Raketen benutzten Treibstoff UDMH um einen toxischen, flüchtigen und entzündlichen hypergolischen Treibstoff (der spontan zündet, wenn er mit einem Sauerstoffträger in Berührung kommt, Anm. d. Übers.) handelt, der Sauerstoff und Kohlendioxide aufnimmt und mit Wasser, Ethanol und anderen Petroleumbrennstoffen gemischt werden kann. Wenn er an die Luft gelangt, produziert er Dimethylnitrosamine und wird dadurch zu einem schwer abbaubaren Karzinogen. Es verunreinigt das Grundwasser und kann auch über die Haut aufgenommen werden.

Da einige Zonen des Gebiets von Baikonur nicht genutzt werden, würden einige kasachstanische Amtsträger diese Flächen gerne den lokalen Behörden unterstellen. Der stellvertretende Minister für Regionalentwicklung, Kairbek Uskenbajew, hat zum Beispiel angeregt, sie für landwirtschaftliche Zwecke zu nutzen. Doch besteht die Gefahr, dass sie immer noch mit toxischen Substanzen verseucht sind, daher sollte die Entscheidung über eine erneute Nutzung gut überlegt sein.

## Neue Partner?

Es gibt in Kasachstan nur wenige nationale Planungen zur Entwicklung der Raumfahrtindustrie, wie zum Beispiel das Programm zur Entwicklung einer integrierten nationalen Raumfahrtforschung mit einigen lokalen Zentren, den Strategischen Plan 2011–2015 zur Schaffung einer umfassenden terrestrischen Infrastruktur einschließlich technischer Konstruktionen und zusätzlicher Abschusseinrichtungen für Satelliten; dem Erwerb von High-Tech-Raumfahrttechnologien usw.

Gegenwärtig plant Kasachstan die Entwicklung eigener Raumfahrtprogramme und eine verstärkte Kooperation mit anderen interessierten Ländern. Das Problem ist, dass Astana nicht über ausreichende Mittel und Kapazitäten verfügt, um Baikonur ohne Hilfe von außen funktionsfähig zu halten. Viele Staaten, wie Japan, Israel, die USA, die Ukraine und andere, haben Interesse an einer Intensivierung der Zusammenarbeit in der Raumfahrt bekundet. Mit Israel kooperiert Astana bereits beim Start von Mikrosatelliten, die für Kartographie und Telekommunikation genutzt werden. 2010 schloss die Nationale Raumfahrtbehörde ein Abkommen mit dem französischen Astrium-Konsortium (100%ige Tochtergesellschaft des europäischen Raumfahrtkonzerns EADS, Anm. d. Übers.), das Technologietransfer und Errichtung von Montage- und Forschungszentren in Astana und ein dreijähriges Training kasachstanischer Spezialisten vorsieht.

Wenn man bedenkt, dass nur wenige Länder es sich leisten können, Anlagen wie in Baikonur zu errichten, die über die notwendige Ausstattung verfügen und permanent in Betrieb sind, hat Kasachstan eine echte Chance, Dienstleister für die internationale zivile Raumfahrt zu werden. Es ist viel vernünftiger und kosteneffizienter, Raketenstarts von einem schon existierenden Weltraumbahnhof vorzunehmen, als etwas aus dem Nichts neu zu bauen, besonders wenn man die aktuellen weltweiten Kürzungen im Verteidigungs- und Forschungsbereich berücksichtigt.

### *Über die Autorin:*

Zhulduz Baizakova ist Expertin für Sicherheits- und Umweltfragen in der Region Zentralasien. Sie arbeitet am Institut für Sicherheits- und Kooperationsstudien der Nationalen Kasachischen Al-Farabi-Universität in Almaty.

### *Lesetipps:*

- Joshua Kucera, Kazakhstan To Take More Control Of Baikonur From Russia, Eurasianet, 10.1.2014, = <<http://www.eurasianet.org/node/67927>>
- Gaziza Baituova, Kazakh Campaigners Take on Russian Rockets, IWPR RCA Issue 716, 30.10.2013, = <<http://iwpr.net/report-news/kazakh-campaigners-take-russian-rockets>>
- Weltraumbahnhof Baikonur: Russische Rakete mit drei Satelliten abgestürzt, Spiegel Online, 2.7.2013, = <<http://www.spiegel.de/wissenschaft/weltall/baikonur-russische-proton-m-rakete-abgestuerzt-a-908895.html>>

## Fazit

Die Berichterstattung in kasachstanischen Medien, einschließlich Internet-Foren und Blogs, über Russlands Umgang mit seinem südlichen Nachbarn im Zusammenhang mit Baikonur ist sehr negativ. Dabei geht es um Themen wie die Probleme der Pacht, der Umwelt, der Zweckmäßigkeit der Nutzung etc. Es besteht jedoch ein grundsätzlicher Konsens darüber, dass es sich bei Baikonur um ein gemeinsames Erbe handelt und dass Kasachstan ohne russische Beteiligung nicht in den Genuss der vollen Kapazitäten und Möglichkeiten Baikonurs käme. Kasachstan konnte insbesondere während der 1990er Jahre die Raumfahrteinrichtungen und die Stadt selber kaum unterhalten; viele kommunale Dienste hörten damals auf zu funktionieren. Konsens besteht aber auch darüber, dass Moskau lernen muss, mit seinem größten strategischen Verbündeten vorsichtiger umzugehen, denn die beiden Länder sind einander in zahlreichen Organisationen und Allianzen vertraglich verpflichtet, beginnend mit der Zollunion und der zukünftigen Eurasischen Union bis hin zur Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO). Kasachstan versucht ständig, seine eigenen nationalen Interessen mit denen seines nördlichen Nachbarn auszubalancieren. Baikonur ist dabei heute eine der Säulen der gegenseitigen Beziehungen, und zum Glück nicht die am schwierigsten auszubalancierende. Aber es gibt Unebenheiten auf diesem Pfad und viele Fragen, die zwischen den beiden Ländern zur Lösung anstehen; die wichtigste ist die Frage nach der Zukunft des Weltraumbahnhofs. Die Ansichten der beiden Beteiligten unterscheiden und widersprechen sich hier. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Russische Föderation ernsthaft erwägt, die Nutzung von Baikonur in naher Zukunft aufzugeben. Für beide Länder steht jedoch viel auf dem Spiel, darum ist es notwendig, Kompromisse und Abkommen auszuhandeln.

*Aus dem Englischen von Brigitte Heuer*

**Tabelle 1: Startplätze für Weltraumraketen (bemannt, unbemannt) der Russischen Föderation**

	Jahr der Inbetriebnahme	Zahl der Starts
Baikonur (Stadt Baikonur/Gebiet Kysylorda, Kasachstan)	1955	keine genauen Angaben, > 1.000
Swobodnyj (Gebiet Amur, RF)	1996	5
Plesezk (Gebiet Archangelsk, RF)	1966	1.711
Snamensk/Kapustin Jar (Gebiet Astrachan, RF)	1948	3.519
Dombarowskij (Gebiet Orenburg, RF)	2006	7
Wostotschnyj (Gebiet Amur, RF)	im Bau	0

Zusammengestellt nach Angaben bei <<http://www.astronautix.com>>

**Tabelle 2: Übersicht über bekannt gewordene Fehlstarts seit 1994**

Datum	Ereignis	Schadensbewertung durch Kasachstan	Ausgetretene Schadstoffmengen	Gezahlte Entschädigung
2. Juli 2013	Absturz einer Proton-M-Trägerrakete	89 Mio. US-Dollar	600 t UDMH	Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.
September 2008	Absturz einer Proton-M-Trägerrakete (50 km von Dscheskasgan entfernt)			
6. September 2007	Absturz einer Proton-M-Trägerrakete (40 km von Dscheskasgan entfernt)	60 Mio. US-Dollar	219 t UDMH	2,5 Mio. US-Dollar und kostenlose Behandlung betroffener kasachstanischer Staatsbürger, die eine offizielle Beschwerde eingereicht haben.
Juli 2006	Absturz einer Dnjepr-Rakete	1,58 Mio. US-Dollar	40 t UDMH	1,1 Mio. US-Dollar
1964–1999	Absturz von mehr als 20 Raketen			

Zusammengestellt aus Meldungen kasachstanischer Medien von Zhulduz Baizakova

## CHRONIK

## 22. Februar – 28. März 2014

## Kasachstan

22.2.2014	Mehrere Blogger werden von einem Gericht in Almaty zu 15 Tagen Haft wegen Hooliganismus verurteilt.
24.2.2014	Aus dem Außenministerium verlautet, dass Kasachstan angesichts der Äußerungen des Duma-Abgeordneten Wladimir Schirinowskij eine Protestnote vorbereite. Schirinowskij hatte im Fernsehkanal Rossija-24 die Annexion Zentralasiens durch Russland und seine Eingliederung in die Föderation gefordert.
24.2.2014	Die unabhängige Prawdiwaja Gaseta (Wahrhafte Zeitung) wird durch einen Gerichtsbeschluss wegen fehlerhafter Angabe der Auflagenzahl geschlossen.
24.2.2014	Der stellvertretende Minister für Industrie und neue Technologien, Albert Rau, gibt bekannt, dass die Fertigung des Lada Niva in Kasachstan wegen neuer technischer Verordnungen im Rahmen der Zollunion mit Russland und Belarus 2015 eingestellt wird. Zugleich kündigt er an, dass die Auto-Produktion des Landes bis 2019 auf 200.000 Fahrzeuge im Jahr gesteigert werden solle.
25.2.2014	In mehreren Dörfern des Gebiets Kysylorda kommt es zu Überschwemmungen durch den Fluss Syrdarja. Hunderte Familien müssen ihre Häuser verlassen. Der Gouverneur des Gebiets, Krymbek Kuscherbajew, kündigt rasche Hilfe an.
25.2.2014	Eine Expertenkommission stellt in Almaty Ergebnisse einer Studie zu den ökologischen Folgen des inmitten des Ili-Alatau-Nationalparks geplanten Wintersportressorts Kok-Schailau vor. Wegen des geringen Flächenverbrauchs seien keine Auswirkungen auf den Nationalpark zu erwarten.
25.2.2014	Das Joint Venture Tengizchevroil hat 2013 insgesamt 15 Mrd. US-Dollar Steuern, Zahlungen an Staatsunternehmen, Dividenden, Gehälter etc. in Kasachstan abgeführt, erklärt der Chef des Unternehmens, Tim Miller.
26.2.2014	Präsident Nursultan Nasarbajew gibt bei einem Treffen mit dem Chef des Flugzeugherstellers Bombardier, Pierre Beaudoin, die Gründung einer neuen Fluggesellschaft mit dem Namen Air Kazakhstan bekannt, die ab 2015 Inlandstrecken bedienen soll. Die frühere Fluggesellschaft Air Kazakhstan war 2004 bankrott gegangen.
26.2.2014	Der Nationalfonds Samruk-Kazyna hat im Jahr 2013 zahlreiche Aktiva und Objekte, auch von Tochtergesellschaften, im Wert von ca. 62 Mrd. Tenge (331 Mio. US-Dollar) verkauft oder lokalen Verwaltungsorganen übertragen, erklärt der Chef des Fonds, Nurlan Achmetow.
26.2.2014	Der stellvertretende Handelsminister Timur Schaksylykow erklärt bei einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Zhong Shan, dass das bilaterale Handelsvolumen beider Staaten im Jahr 2013 22,53 Mrd. US-Dollar betragen habe.
26.2.2014	Bei einer Explosion in einer Goldmine des Konzerns Kazakhaltyn im Gebiet Akmola stirbt ein Arbeiter, ein weiterer wird schwer verletzt.
27.2.2014	Der Präsident der Autonomen Republik Inguschetien der RF, Junusbek Jewkurow, bedankt sich in einem Brief an Präsident Nasarbajew für die Unterstützung des kasachischen Volkes für die in den 1940er Jahren von Massendeportationen betroffenen Inguschen.
27.2.2014	Der für Außenbeziehungen zuständige Abgeordnete des Parlaments, Maulen Aschimbajew, erklärt, dass Kasachstan die Beziehungen zur neuen ukrainischen Führung nicht abreißen lassen werde.
27.2.2014	Das Heizkraftwerk Ekibastus (Gebiet Pawlodar) muss eine Strafe von 2 Mrd. Tenge (10,6 Mio. US-Dollar) wegen verursachter Umweltschäden zahlen, meldet Tengrinews.
27.4.2014	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, kritisiert die kasachstanische Führung wegen der Schließung der Prawdiwaja Gaseta.
27.2.2014	Generalstaatsanwalt Aschat Daulbajew und der Chef der IOM-Mission in Kasachstan, Dejan Keserovic, unterzeichnen ein Abkommen zur Eindämmung des Menschenhandels.
27.2.2014	Die Chefs der Drogenkontrollagenturen Tadschikistans und Kasachstans, Rustam Nasarow und Nurtay Abykajew, kündigen während eines Treffens in Astana gemeinsame Aktionen gegen den internationalen Drogenhandel an.
28.2.2014	Premier Serik Achmetow hofft auf die Wiederaufnahme der kommerziellen Erdölförderung des Off-shore-Feldes Kaschagan in der ersten Jahreshälfte 2014, meldet Tengrinews.
28.2.2014	Das Opern- und Ballett-Theater von Astana wird auf Beschluss der Regierung geschlossen.
1.3.2014	Präsident Nasarbajew gratuliert der Präsidentenpartei Nur Otan zum 15jährigen Bestehen.
3.3.2014	Präsident Nasarbajew empfängt in Astana den finnischen Parlamentspräsidenten Eero Heinäluoma.

3.3.2014	Die internationale Großbank HSBC verkauft ihre kasachstanische Tochtergesellschaft für 176 Mio. US-Dollar an die kasachstanische Halyk Bank.
3.3.2014	Der internationale Konsultativrat der kasachstanischen Regierung, dem neben Präsident Nasarbajew der polnische Ex-Präsident Alexander Kwasniewski, der Ex-Chef der Europäischen Kommission und ehemalige italienische Premier Romano Prodi sowie der österreichische Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer angehören, trifft in Astana zu Gesprächen über die Lage in der Ukraine zusammen.
4.3.2014	Nach Angaben der Weltraumagentur KazKosmos hat die russische Seite nach dem Absturz einer Proton-M-Rakete im Juli 2013 noch nicht die Schadensersatzzahlung von 13 Mrd. Tenge (ca. 90 Mio. US-Dollar) geleistet.
4.3.2014	Der Vorsitzende der Assoziation der Unternehmer, Talgat Akuow, wird wegen nicht gezahlter Schulden in Höhe von 23 Mio. Tenge (ca. 125.000 US-Dollar) zur Fahndung ausgeschrieben.
4.3.2014	Der ehemalige Chef der Präsidentenadministration, Aslan Musin, einst als möglicher Nachfolger von Präsident Nasarbajew gehandelt, wird zum Botschafter in Kroatien ernannt.
4.3.2014	Eine im Gebiet Astrachan der RF abgefeuerte russische Interkontinentalrakete wird im von Russland betriebenen Testgelände Sary-Schagan (Gebiet Karaganda) erfolgreich abgefangen.
4.3.2014	Umweltminister Nurlan Kapparow kündigt den Bau eines neuen Flughafenterminals in Astana bis zur Expo-2017 an.
5.3.2014	Als letzte Gebietshauptstadt Kasachstans hat Kysylorda seit dem heutigen Tag eine zentrale Warmwasserversorgung, meldet Tengrinews.
5.3.2014	Präsident Nasarbajew und seine russischen und belarussischen Amtskollegen, Wladimir Putin und Aleksandr Lukaschenko, erklären bei einer EurasEC-Sitzung in Moskau, dass die angestrebte Eurasische Wirtschaftsunion zum Wohle ihrer Völker geschaffen werde und sprechen sich für eine friedliche Lösung der Krim-Krise aus.
5.3.2014	Vertreter des Gaststättengewerbes kritisieren auf einer Pressekonferenz in Almaty das geplante Rauchverbot in Restaurants wegen befürchteter Umsatzrückgänge.
5.3.2014	In Berlin findet das 4. Treffen des Kasachstanisch-Deutschen Wirtschaftsforums statt.
6.3.2014	Tengrinews meldet, dass ein deutscher Staatsbürger mit kasachstanischen Wurzeln vor einem Gericht in Kustanai um politisches Asyl gebeten hat. Über die Hintergründe ist nichts bekannt.
6.3.2014	Präsident Nasarbajew zeigt sich während einer Sitzung im Verteidigungsministerium besorgt über die dortigen Korruptionsfälle, insbesondere den Fall des vor einem Monat festgenommenen stellvertretenden Ministers Bagdat Maikjew. Zudem fordert er die Verstärkung der Truppen im Süden des Landes.
6.3.2014	Präsident Nasarbajew empfängt den stellvertretenden chinesischen Außenminister Chen Goping in Astana zu Vorbereitung eines geplanten Staatsbesuchs in Beijing.
6.3.2014	Der stellvertretende Premier Asset Isekeschew eröffnet im Rahmen der Internationalen Tourismus Börse in Berlin ein kasachstanisches Wirtschafts- und Kulturzentrum.
7.3.2014	Das Umweltministerium fordert vom Betreiberunternehmen des Kaschagan-Konsortiums NCOC eine Kompensation von 134,2 Mrd. Tenge (726 Mio. US-Dollar) für Umweltschäden, die im Rahmen eines Störfalls Ende September 2013 entstanden sind.
7.3.2014	Aeroflot nimmt nach mehrjähriger Unterbrechung den Flugbetrieb nach Kasachstan wieder auf. Zunächst soll ab dem 10.3. die Strecke Moskau–Karaganda wieder bedient werden.
7.3.2014	Der Minister für Kommunikation und Transport, Askar Schumagalijew, wird entlassen. Sein Nachfolger wird Schengis Kasymbek.
7.3.2014	Medienberichte über die Stationierung von Militärpolizei in der russischen Garnison Priosjorsk (Gebiet Karaganda) werden vom kasachstanischen Verteidigungsministerium dementiert.
10.3.2014	Präsident Nasarbajew betont in Telefonaten mit seinem russischen Amtskollegen Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der Krim-Krise und erklärt sich zur Vermittlung bereit.
11.3.2014	Präsident Nasarbajew diskutiert in einem Telefongespräch mit US-Präsident Barack Obama mögliche Wege zur Lösung der Krim-Krise, meldet RIA Nowosti unter Berufung auf das Weiße Haus.
11.3.2014	Ein pro-ukrainischer Demonstrant wird in Astana wegen Teilnahme an einer nichtgenehmigten Protestaktion zu sieben Tagen Haft verurteilt.
12.3.2014	Präsident Nasarbajew empfängt den EurasEC-Generalsekretär Tair Mansurow zu Gesprächen über den zukünftigen wirtschaftlichen Integrationsprozess.

12.3.2014	Der stellvertretende Sekretär der Partei Nur Otan, Bauyrshan Baibek, nimmt am Kongress der Europäischen Volkspartei in Dublin teil.
12.3.2014	Kultur- und Informationsminister Muchtar Kul-Muchammed wird zum Berater des Präsidenten ernannt, sein Nachfolger im Ministeramt wird Arystanbek Muchamediuly.
12.3.2014	Außenminister Jerlan Idrisow empfängt den stellvertretenden japanischen Außenminister Shinsuke Sugiyama zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit.
12.3.2014	Eine Delegation der NASA trifft in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in der Raumfahrt mit KazKosmos-Vertretern zusammen.
12.3.2014	Die Eisenbahngesellschaft Kazakh Temir Scholy feiert in einer Presseerklärung die Inbetriebnahme der ersten 16 Fahrkartenautomaten am Bahnhof von Astana als »Beitrag der Eisenbahner zur Strategie Kasachstan-2050«.
13.3.2014	Premier Achmetow bespricht mit dem Generalsekretär des Büros für internationale Ausstellungen, Vicente Loscertales, den Stand der Vorbereitungen für die Expo-2017.
13.3.2014	Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts DEMOSCOPE kommt zu dem Schluss, dass rund ein Fünftel der Bevölkerung aufgrund der Tenge-Abwertung im Februar massive Einschnitte ihres Vermögens hinnehmen musste.
13.3.2014	18 Führungskräfte des Nationalen Steuerkomitees werden unter dem Verdacht der Gründung einer kriminellen Vereinigung festgenommen.
14.3.2014	Präsident Nasarbajew diskutiert mit dem britischen Premier David Cameron in einem Telefongespräch die angespannte Lage in der Ukraine.
16.3.2014	Innerhalb von 24 Stunden müssen landesweit mehr als 1.100 Personen durch Einsatzkräfte des Katastrophenschutzministeriums aus Schneeverwehungen befreit werden.
18.3.2014	Das Außenministerium erklärt, dass Kasachstan das Ergebnis des Referendums über den Beitritt der Krim in die RF anerkennt.
18.3.2014	Laut einer Studie des Instituts für strategische Studien (KISI) begrüßen 85 % der Befragten die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion von Russland, Belarus und Kasachstan im Jahr 2015.
18.3.2014	Präsident Nasarbajew billigt das Projekt zum Bau eines neuen Flughafens in der Nähe von Almaty mit einer Kapazität von zunächst 10 Mio. Passagieren im Jahr.
19.3.2014	Außenminister Idrisow reist zu einem Arbeitsbesuch nach Beijing, wo er mit Außenminister Wang Yi und Vize-Präsident Li Yuanchao zu Gesprächen zusammen trifft. In einer Rede vor Wissenschaftlern erklärt Idrisow, dass ein Szenario wie in der Ukraine in Kasachstan nicht denkbar sei.
20.3.2014	Der Senat beschließt Gesetzesänderungen, die die Bestrafung von kasachstanischen Kämpfern in ausländischen Konflikten, etwa in Syrien, mit drei bis sieben Jahren Haft vorsehen.
20.3.2014	Auf Beschluss des tschechischen Justizministeriums wird Tatjana Paraskewitsch nach knapp zwei Jahren Haft freigelassen. Die Ukraine und Russland hatten die Auslieferung der ehemaligen Mitarbeiterin des wegen der Unterschlagung von 6 Mrd. US-Dollar verfolgten kasachstanischen Oligarchen Muchtar Abljasow gefordert.
20.3.2014	Der Senat verabschiedet die ILO-Konvention zur Festlegung von Mindestlöhnen.
20.3.2014	Der Pressedienst des Geistlichen Direktorats der Muslime Kasachstans gibt bekannt, dass Studienaufenthalte an ägyptischen geistlichen Institutionen ab sofort nur noch mit einer besonderen Genehmigung erlaubt sind.
20.3.2014	Central Asia News meldet, dass in den letzten beiden Jahren ca. 2.000 nach Deutschland übergesiedelte Bürger wieder nach Kasachstan zurück gekehrt sind.
21.3.2014	In der Stadt Baikonur wird die Wärmeversorgung für private Haushalte eingeschränkt, meldet Tengrinews. Als Grund wird die Rationierung von Heizöl genannt.
21.3.2014	Mit Überreichung der Urkunde an Bürgermeister Achmetschan Jesimow wird Almaty offiziell Kulturhauptstadt der GUS 2014.
22.3.2014	AkiPress meldet, dass 73 der im Jahr 2013 untersuchten 178 Fachschulen (Colleges) wegen Mängeln keine staatliche Zertifizierung erhalten haben und ihren Betrieb einstellen müssen.
22.3.2014	Die Stadtverwaltung von Almaty kündigt die Eingemeindung von 27 umliegenden Ortschaften mit insgesamt ca. 100.000 Einwohnern an.

24.3.2014	Präsident Nasarbajew trifft am Rande des Gipfels zur nuklearen Sicherheit in Den Haag mit Chinas Staatschef Xi Jinping zu Gesprächen über den bevorstehenden CICA-Gipfel in Schanghai zusammen. Bei Treffen mit seinen japanischen und finnischen Amtskollegen, Shinzo Abe und Sauli Niinistö, sind vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen Thema.
25.3.2014	Präsident Nasarbajew diskutiert mit US-Präsident Barack Obama in Den Haag die Lage in der Ukraine und den geplanten WTO-Beitritt Kasachstans. Zudem kommt er mit dem britischen David Cameron sowie seinen französischen, pakistanischen und aserbajdschanischen Amtskollegen, Francois Hollande, Navaz Sharif und Ilham Alijew, zusammen.
25.3.2014	Präsident Nasarbajew erklärt auf einer Pressekonferenz in Den Haag, dass die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion mit Russland und Belarus die kasachstanische Souveränität nicht gefährde. Daneben fordert er von der Ukraine die Durchführung von freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zur Legitimierung der politischen Führung und Lösung der Krimkrise.
26.3.2014	Der englische Prinz Harry und seine Freundin Cressida Bonas stehen in der Kritik britischer Medien und von Amnesty International, nachdem sie einen von engen Geschäftspartnern Präsident Nasarbajews finanzierten Skiurlaub im Wintersportressort Schymbulak südlich von Almaty verbracht haben.
26.3.2014	Präsident Nasarbajew erörtert mit seinen kirgisischen Amtskollegen Almasbek Atambajew bei einem Treffen in Almaty die bilaterale Kooperation v. a. in den Bereichen Handel, Investment und Hydroenergie.
27.3.2014	Präsident Nasarbajew diskutiert in einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Putin Prioritäten der Zusammenarbeit.
27.3.2014	Präsident Nasarbajew unterschreibt das Gesetz zur Erhöhung der Gehälter staatlich Beschäftigter ab 1.4.2014 um 12 % und von Renten, Stipendien usw. ab dem 1.7.2014 um 25 %.
27.3.2014	Die Journalistin Natalja Sadykowa teilt mit, dass sie aus Angst vor einer Festnahme mit ihrer Familie aus der Stadt Aktobe in die Ukraine geflohen sei. Sadykowa wird der Publikation eines Artikels in der oppositionellen Zeitung Respublika bezichtigt, der die Korruption lokaler Politiker aufdeckt, sie bestreitet dies.
27.3.2014	Nach Angaben der Migrationspolizei in Astana sind aktuell 497 Personen in Kasachstan als Flüchtlinge anerkannt.
28.3.2014	Das ukrainische Außenministerium bestellt den kasachstanischen Botschafter Argin Ospanow ein und übergibt ihm eine Protestnote gegen die Äußerungen von Präsident Nasarbajew vom 25.3. in Den Haag.
28.3.2014	Umweltminister Kapparow reist zu einem Arbeitsbesuch nach Norwegen, wo er sich über Fragen der nachhaltigen Energienutzung informieren will.
28.3.2014	Eine russische Wetterrakete vom Typ MN-300 stürzt nach dem Start in Kapustin Jar (Snamensk, Gebiet Astrachan, RF) in der Nähe des Dorfes Schungai (Gebiet Westkasachstan) ab. Die kasachstanischen Behörden erklären, dass negative Auswirkungen auf die Umwelt nicht zu erwarten seien, verbieten aber alle weiteren russischen Starts bis die Gründe des Absturzes geklärt sind.
28.3.2014	Der stellvertretende Premierminister Bakitschan Sagintajew nimmt in Moskau an einer regulären Sitzung des Rates der Eurasischen Wirtschaftskommission teil, auf der vor allem über den Entwurf des Vertrages über die Eurasische Union beraten wird.

## Kirgistan

22.2.2014	Präsident Almasbek Atambajew ernennt Raimberdi Duischenbijew zum Chef des staatlichen Grenzdienstes und Melis Satybaldijew zum Kommandierenden der Nationalgarde.
24.2.2014	Nach Angaben des Sozialfonds ist die Zahl der Rentner 2013 um 16.000 auf 581.300 gestiegen. 2013 wurden ihnen Bezüge in Höhe von insgesamt 29,4 Mrd. Som (563,2 Mio. US-Dollar) gezahlt.
24.2.2014	Die örtliche Polizei meldet die Festnahme eines der Mitgliedschaft in der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) verdächtigen Mannes auf dem Flughafen von Osch. Er soll in der Türkei kirgisische Staatsbürger als Kämpfer für den syrischen Bürgerkrieg angeworben haben.
25.2.2014	Auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Manas wird die Abteilung Zusammenarbeit und Sicherheit feierlich geschlossen. Seit 2005 wurden mit ihrer Hilfe 39 soziale Projekte im Wert von 7,9 Mio. US-Dollar in Kirgistan realisiert.
25.2.2014	Die Vizesprecherin des Parlaments, Asija Sasykbajewa, empfängt den Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für Kirgistan (PACE), Andreas Gross, zu einem Gespräch im Zusammenhang mit der Verlängerung der Zusammenarbeit als »Partner for Democracy«.

25.2.2014	Nach Angaben aus der Geistlichen Verwaltung des Gebiets Osh sind bereits 25 Männer zum Kampf im syrischen Bürgerkrieg ausgereist, obwohl man in Predigten vor Werbern der IMU warnte. Inoffizielle Zahlen nennen sogar 50 Kämpfer allein für die Stadt Osh.
25.2.2014	Parlamentssprecher Asylbek Dschejenbekow unterzeichnet während des Südkoreabesuches einer Parlamentariergruppe eine Vereinbarung über Zusammenarbeit mit der südkoreanischen Volksvertretung.
26.2.2014	Die neue Oppositionsbewegung »Patriotische Kräfte Kirgistans« stellt vor der Presse ihre Pläne vor. Darunter sind die Wiederbelebung der jetzigen Verfassung, die vom Präsidenten verletzt wurde; die Stärkung des Parlamentarismus und der Kampf gegen den wachsenden Autoritarismus. Außerdem wird ein Referendum über den Beitritt zur Zollunion gefordert.
26.2.2014	Kirgistan übernimmt turnusgemäß den Vorsitz der CAREC (Central Asia Regional Economic Cooperation).
27.2.2014	Der Rat der Menschenrechtler fordert das Parlament auf, unverzüglich mit der Kontrolle der russischen Waffenlieferungen nach Kirgistan zu beginnen. Der Charakter der Waffen entspräche nicht der Art der Bedrohung in Zentralasien und die Armee sei noch nicht reformiert. Die Waffenlieferungen im Wert von mehr als 1,1 Mrd. US-Dollar waren im Dezember 2013 aufgenommen worden.
27.2.2014	Vor der US-Botschaft in Bischkek demonstrieren Dutzende Demonstranten gegen Homosexualität und verbrennen ein Bild des bekanntesten kirgistanischen Schwulenvertreters Ilja Lukasch, der für seine angeblich die traditionellen Werte der kirgisischen Familie zerstörenden Aktivitäten ausländische Unterstützung annehme.
3.3.2014	Der Sendemast des privaten Senders Osh-TV wurde von Unbekannten zerstört, teilt Generaldirektor Ernis Kijasow auf Facebook mit.
3.3.2014	Premierminister Dschantoro Satybalidjew unterzeichnet die Ernennungsurkunde für den neuen Gouverneur von Dschalalabad, Jusupjan Dschejenbekow. Sein Vorgänger Jusupaly Toromamatov war zurückgetreten.
4.3.2014	Im Zusammenhang mit dem Welt-Tuberkulose-Tag am 24.3. beginnt eine monatliche Kampagne gegen die ansteckende Krankheit. In Kirgistan werden ca. 6.000 Neuinfektionen pro Jahr festgestellt.
4.3.2014	Der Kongress der Muslime Kirgistans wählt Maksat Hadschi Toktomuschew zum neuen Großmufti des Landes. Toktomuschew, der einziger Kandidat war, wurde im Januar 2014 von Menschenrechtlern wegen einer Fatwa gegen Menschen mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen scharf kritisiert.
5.3.2014	Vor dem Weißen Haus in Bischkek findet eine Kundgebung zur Unterstützung der Opposition in der Ukraine statt.
5.3.2014	Nach Angaben der oppositionellen Respublika-Fraktion im Parlament sollen 47 Abgeordnete eine Petition, mit der die Regierung zum Rücktritt aufgefordert wird, unterzeichnet haben.
5.3.2014	Während des Türkeiibesuches des stellvertretenden Ministers für Arbeit, Migration und Jugend, Doskul Mursajew, wird die Erarbeitung einer Vereinbarung über den Rechtsstatus von Arbeitsmigranten im jeweils anderen Land beschlossen.
6.3.2014	Der amerikanische Luftwaffenstützpunkt Manas beendet offiziell seine Tätigkeit. Der Chef, John C. Millard, zieht vor der Presse ein positives Fazit und dankt Regierung und Volk Kirgistans.
7.3.2014	Entgegen anderslautender Meldungen ist die kirgisisch-tadschikische Grenze für Bürger beider Staaten nach wie vor geschlossen, Bürger und Fahrzeuge aus Drittstaaten können sie aber passieren.
7.3.2014	Vizepremier Tokon Mamytow empfängt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Menschenrechtskoordinationsrates Vertreter von NGOs, die ab 10.3. an der 25. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf teilnehmen werden, wo auch die Situation in Kirgistan beleuchtet werden wird.
7.3.2014	Vor der US-Botschaft in Bischkek findet eine Demonstration gegen die US-Politik in der Ukraine statt.
7.3.2014	Dank fortlaufender Interventionen der Nationalbank liegt der Kurs der nationalen Währung unverändert bei ca. 55 Som für 1 US-Dollar.
10.3.2014	Kloop.kg meldet, dass der politische Aktivist Ilja Lukasch nach Morddrohungen Kirgistan verlassen habe.
11.3.2014	In einer Presseerklärung drückt das Außenministerium seine Beunruhigung über die Vorgänge in der Ukraine aus und kritisiert die Erklärung des geflüchteten Präsidenten Viktor Janukowitsch vom gleichen Tag, in der er den Anspruch erhob, nach wie vor rechtmäßiger Präsident zu sein.
11.3.2014	RIA Novosti meldet unter Berufung auf die Polizei in Bischkek, dass am 9.3. ein Angestellter der amerikanischen Luftwaffe verhaftet wurde, der eine junge Frau beleidigt und zu vergewaltigen versucht hatte und nach seiner Festnahme randaliert hatte. In Kirgistan drohen ihm bis zu sieben Jahre Gefängnis.

12.3.2014	Vor dem Weißen Haus in Bischkek demonstrieren Anhänger der politischen Bewegung Kalys gegen die ausländische Finanzierung kirgisischer NGOs und fordern die Verabschiedung eines Gesetzes, mit dem die Finanzen der NGOs offen gelegt werden müssen.
12.3.2014	Ca. 400 Unterstützer des in U-Haft befindlichen ehemaligen Parlamentssprechers Akmatbek Keldibekow demonstrieren in Bischkek vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft für seine Freilassung. Keldibekow war im November 2013 wegen Amtsmissbrauchs und finanzieller Unregelmäßigkeiten während seiner Zeit als Vorsitzender des staatlichen Sozialfonds und des Zolldienstes verhaftet worden.
13.3.2014	Das Bildungsministerium teilt mit, dass ab Herbst 2014 die Universitätszugangsprüfungen wegen zu geringer Zahl von Interessenten nicht mehr auf Usbekisch, sondern nur noch Russisch und Kirgisisch abgelegt werden können.
14.3.2014	Vertreter von Interessenvertretungen der Verschuldeten berichten vor der Presse in Bischkek, dass Pfandleiher im Süden des Landes Kinder als Pfand annehmen, ohne dass der Staat eingreift.
17.3.2014	Sowohl das Energieministerium als auch die Benzinhändler kündigen baldige Preiserhöhungen für Strom und Treibstoff an.
18.3.2014	Die seit September 2012 bestehende Parlamentsfraktion aus Ar-Namys, SDPK und Ata-Meken zerfällt durch den Austritt von Ata-Meken. Laut Verfassung muss die Regierung damit zurücktreten.
18.3.2014	Präsident Atambajew lässt sich von Vize-Premier Mamytow Maßnahmen zur Verbesserung der Grenzsicherheit erläutern. Zugleich kommen aus der Gebietsverwaltung von Batken Meldungen, dass die Lage an der Grenze zu Tadschikistan nach wie vor instabil sei.
19.3.2014	Präsident Atambajew unterzeichnet das Dokument über die Entlassung der Regierung, die aber bis zur Bildung einer neuen im Amt bleibt.
20.3.2014	Präsident Atambajew erteilt der Sozialdemokratischen Partei den Auftrag zu Verhandlungen über die Bildung einer neuen Koalition.
20.3.2014	Das Außenministerium bleibt in einer Presseerklärung bei seiner kritischen Einschätzung der Amtszeit des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch, erklärt aber, dass das Wahlergebnis auf der Krim Ausdruck des Volkswillens sei.
22.3.2014	Nach Angaben des staatlichen Zolldienstes betrug die Summe der kirgisischen Exporte nach Deutschland 2013 11,2 Mio. US-Dollar, das sind 32 % weniger als im Vorjahr.
24.3.2014	Akipress meldet, dass die Turkey's Industrial Electric Electronic Sanayi ve Ticaret Limited Sirketi bereits vor drei Wochen als einziger Bieter mit dem Gebot von 670.000 US-Dollar bei einer Auktion die Lizenz zum Abbau der Kara-Ketsche-Goldmine (Gebiet Naryn) erworben hat.
25.3.2014	Premierminister Satybaldijew tritt zurück. Bis zur Bildung einer neuen Regierung übernimmt Vizepremier Otorbajew seine Aufgaben. Satybaldijew äußert vor dem Parlament sein Bedauern darüber, dass er die Hälfte seiner Arbeitszeit als Premier mit Verhandlungen über Kumtor verbringen musste.
25.3.2014	Präsident Atambajew empfängt den FIFA-Präsidenten Joseph Blatter zu einem Gespräch über die Situation des Fußballs in Kirgistan.
26.3.2014	Durch eine Presseerklärung des staatlichen Komitees für nationale Sicherheit wird bekannt, dass ein Bischkeker Gericht bereits am 14.3. die usbekische Akromiya-Bewegung als extremistisch eingestuft und in Kirgistan verboten hat.
26.3.2014	Die Untersuchungshaft des Ata-Dschurt Politikers Keldibekow wird ein weiteres Mal bis zum 27.5.2014 verlängert.
27.3.2014	Präsident Atambajew schließt in einem Interview mit lokalen Fernsehsendern die Möglichkeit erneuter Stationierungen ausländischer Truppen auf dem Flughafen Manas aus. Es werde jetzt über den Verkauf des Mehrheitsanteils an die russische Rosneft nachgedacht, um Modernisierungen finanzieren zu können.
27.3.2014	In Bischkek demonstriert eine Gruppe von Frauen aus dem nahe der Goldmine Kumtor gelegenen Dorf Saruu (Gebiet Issyk-Kul) für ein Ende der Strafverfolgung bzw. die Freilassung von Dorfbewohnern, die wegen ihres Kampfes für eine saubere Umwelt verhaftet worden waren.
28.3.2014	Präsident Atambajew betont in einem Fernsehinterview, dass es keinerlei Anzeichen für russische Pläne einer Annexion Kirgistans gebe.

## Tadschikistan

23.2.2014	In einer im Fernsehen übertragenen Rede anlässlich des 21. Jahrestages der Gründung der Armee fordert Präsident Emomali Rachmon die Streitkräfte des Landes zu verstärkten Anstrengungen nach dem Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan auf.
-----------	---

24.2.2014	Asia-Plus berichtet von einer Unterschriften-Kampagne im Internet für die Errichtung eines Denkmals für die Arbeitsmigranten in Duschanbe.
24.2.2014	Auf Anordnung des Chefs des staatlichen Kommunikationsdienstes, Beg Zuhurov, ist die Website des tadschikischen Dienstes von RFE/RL zeitweise blockiert.
24.2.2014	Richard Hoagland, U.S. Deputy Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, wird von Präsident Rachmon zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen und die Situation in Afghanistan empfangen. Hoagland erklärt, die USA würden die Veröffentlichung der Weltbankstudie abwarten, bevor sie ein Urteil über den Bau des Wasserkraftwerkes von Rogun fällen.
25.2.2014	Das erste soziale Netzwerk für Bürger Tadschikistans, Parta.tj, startet mit aktuell 800 Nutzern. Sprache ist Russisch.
26.2.2014	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, äußert in einer Presseerklärung ihr Bedauern über eine Gerichtsentscheidung vom Vortag, nach der die stellvertretende Chefredakteurin von Asia-Plus, Olga Tutubalina, 6.000 US-Dollar Entschädigung an drei Kläger zahlen muss, die sich durch einen Artikel über die Rolle der Intelligenzija in Tadschikistan verunglimpft fühlten, ohne dass sie namentlich genannt wurden.
27.2.2014	Der Vorsitzende der japanischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (JICA), Kazuya Sueta, erörtert in Duschanbe mit dem stellvertretenden Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Saidrahmon Nasrijew, Perspektiven der Zusammenarbeit.
28.2.2014	Eine Delegation des tadschikischen Außenministeriums unter Führung des stellvertretenden Ministers Nisomiddin Zohidow führt in der türkischen Hauptstadt Ankara Gespräche über Stand und Ausbau der bilateralen Beziehungen.
1.3.2014	Die Stromrationierung in den Gebieten des Landes wird gelockert und bei anhaltend warmem Wetter eine baldige Aufhebung angekündigt.
1.3.2014	Russische Militärs geben die Stationierung von Aufklärungsdrohnen in Tadschikistan bekannt.
3.3.2014	Die tadschikisch-kirgisische Zwischenregierungscommission zur Regelung der strittigen Grenzfragen vereinbart die Wiedereröffnung aller geschlossenen Grenzübergänge, den Bau von zwei Brücken im umstrittenen Bereich und eine Einschränkung des Einsatzes von Schusswaffen an der gemeinsamen Grenze.
3.3.2014	Auf einer internationalen Konferenz über Grenzfragen in Duschanbe wird bekannt, dass es in den vergangenen drei Jahren zu 38 bewaffneten Zwischenfällen an der tadschikisch-afghanischen Grenze gekommen ist, bei denen 36 Drogenschmuggler zu Tode kamen.
3.3.2014	In einem Interview mit Central Asia News äußert der Vorsitzende der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), Muhiddin Kabiri, die Befürchtung, dass sich die Ereignisse in der Ukraine in den Staaten Zentralasiens wiederholen könnten, wenn die Führungen nicht stärker auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen und Reformen in Angriff nehmen.
3.3.2014	Tadschikische Arbeiter der chinesischen Baufirma Sinohydro auf der Baustelle der Straße Wose-Chowaling treten in den Streik, um ihrer Forderung nach erhöhten Löhnen Nachdruck zu verleihen.
4.3.2014	Der Menschenrechtlerin und verhinderten Präsidentschaftskandidatin Oinichol Bobonazarowa wird in Washington gemeinsam mit neun weiteren Preisträgerinnen von Michele Obama der International Women of Courage Preis des U.S. State Department verliehen.
4.3.2014	Der stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Komitees für nationale Sicherheit, Mansurdchon Umarow, bittet bei der Eröffnung einer Konferenz über Grenzmanagement in Duschanbe die internationale Gebergemeinschaft um Unterstützung für die Verstärkung der Grenze nach Afghanistan.
4.3.2014	Mahmurod Odinajew, der Führer der Menschenrechtsgruppe »Koalition zum Schutz der Rechte von Gefangenen und Kampf gegen die Folter«, hat versucht, in der EU-Delegation in Duschanbe einen Antrag auf politisches Asyl zu stellen, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL.
7.3.2014	Aus dem Innenministerium verlautet, dass der ehemalige Volksfrontführer Dawlat Tscholow bereits Ende Februar verhaftet worden sei, nachdem er Jugendliche in Kuljab zur Teilnahme am syrischen Bürgerkrieg aufgerufen hatte.
10.3.2014	In der Stadt Kuljab und einigen Bezirken des Gebiets Chatlon findet erstmals seit 20 Jahren eine nicht angekündigte Militärübung statt.
10.3.2014	Mehrere Medien berichten, dass in den letzten Wochen im Zentrum von Duschanbe im großen Stil Straßenbäume (Platanen) gefällt wurden und an ihrer Stelle für 22 Mio. Somoni (4,5 Mio. US-Dollar) in Belgien erworbene Kastanien gepflanzt wurden, was auf Irritationen bei den Bürgern stößt.

11.3.2014	Vertreter einer Tochterfirma der chinesischen CNPC und der Open Joint Stock Company Tajiktransgaz unterzeichnen eine Vereinbarung über die Gründung eines neuen Joint Ventures für den Bau der vierten Gaspipeline von Zentralasien nach China.
12.3.2014	Präsident Rachmon empfängt die Sprecherin des russischen Föderationsrates, Walentina Matwijenko. Bei einem Treffen Matwijenkos mit dem Sprecher des tadschikischen Oberhauses, Mahmadsaid Ubaidullojew, wird die Bildung einer interparlamentarischen Kommission zur Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit vereinbart.
13.3.2014	Außenminister Sirojiddin Aslow trifft während seines USA-Besuches in Washington mit U.S. Deputy Secretary of State William Burns zu Gesprächen über die Zusammenarbeit beider Staaten insbesondere über Sicherheits- und Wasser-Energiefragen zusammen.
13.3.2014	Wegen niedrigen Wasserstandes des Nurek-Stausees und damit verbunden geringerer Stromproduktion muss die Stromrationierung, die Anfang März aufgehoben war, für ländliche Gegenden wieder eingeführt werden.
14.3.2014	Die untere Kammer des Parlaments verabschiedet einstimmig einen Gesetzesentwurf über staatlichen Schutz und Unterstützung für Unternehmer.
15.3.2014	Die BBC meldet, dass die tadschikische Antikorruptionsagentur sich an ein Wirtschaftsgericht gewendet habe, damit der Vertrag über die Bildung der AO Tadschik Asot für unwirksam erklärt wird. Damit würde das Unternehmen, an dem der umstrittene ukrainische Unternehmer Dmitrij Firtasch 75 % der Aktien hält, an den Staat zurückfallen.
17.3.2014	Außenminister Aslow wird in Teheran vom iranischen Präsidenten Hassan Rouhani empfangen, der das Interesse seines Landes am Ausbau der bilateralen Beziehungen erklärt. Zuvor war Aslow bereits mit seinem Amtskollegen Mohammad Javad Zarif zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen Kooperation zusammengetroffen.
17.3.2014	Bei einem Verkehrsunfall in dichtem Nebel auf der Überlandstraße zwischen Duschambe und Chudschand kommen fünf Schulkinder, ein Lehrer und der Fahrer ums Leben, vier Passagiere werden schwer verletzt.
18.3.2014	Nach Angaben der staatlichen Agentur für Investitionen und Staatsbesitz wurden 2013 in Tadschikistan 1,2 Mrd. US-Dollar von Ausländern investiert, China war mit einem Anteil von 48,7 % der größte direkte Investor, gefolgt von Russland (23 %).
19.3.2014	Nach Angaben des staatlichen Zolldienstes hat Tadschikistan 2013 Waffen und Munition im Wert von 16,2 Mio. US-Dollar importiert. Hauptlieferant war Bulgarien.
20.3.2014	Das Oberste Gericht verurteilt sechs Mitglieder der IMU zu Haftstrafen zwischen 21 und zwei Jahren, ein Angeklagter wird freigesprochen. Der Gruppe unter Führung von Alimurod Machanow wird die Planung eines Terroranschlages während der Präsidentenwahlen im November 2013 zur Last gelegt.
20.3.2014	Bei einem Treffen mit Intellektuellen ruft Präsident Rahmon dazu auf, auch im Internet stärker auf Tadschikisch zu kommunizieren.
21.3.2014	Der Minister für ökonomische Entwicklung, Scharif Rahimsoda, und Kerstin Laabs, Repräsentantin der KfW, unterzeichnen eine Vereinbarung über die Bereitstellung von 14 Mio. Euro für ein Programm zur Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheit.
22.3.2014	Die russische Duma ratifiziert ein russisch-tadschikisches Abkommen, das tadschikischen Arbeitsmigranten in Russland eine Arbeiterlaubnis bis zu drei Jahren gewährt.
23.3.2014	In der Sonderwirtschaftszone Dangara wird in Anwesenheit von Präsident Rachmon feierlich der Grundstein für eine von chinesischen und turkmenischen Firmen zu bauende Erdölraffinerie gelegt.
24.3.2014	Außenminister Aslow erklärt in einem Interview mit UN-Radio, dass das Wasserproblem eines der wichtigsten in Zentralasien sei, zugleich sei der Wasserverbrauch pro ha einer der höchsten weltweit. Eine Lösung des Problems sei nur in durch regionale Zusammenarbeit zu erreichen.
26.3.2014	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass eine tadschikisch-kirgisische Arbeitsgruppe gebildet wurde, die über den Austausch von Grenzgebieten beraten soll.
26.3.2014	Der PIWT-Vorsitzende Kabiri führt in Kasan Gespräche über eine Verbesserung der Situation der tadschikischen Arbeitsmigranten in der russischen Teilrepublik. Zuvor war er bereits in Moskau mit mehreren russischen Politikern, darunter dem ehemaligen Premier und Außenminister Jewgenij Primakow, zusammen getroffen.
27.3.2014	Nach Angaben der Elektrizitätsgesellschaft Barki Tojik musste die Stromrationierung wegen der geringen Wasserzuflusses in den Nurek-Stausee verschärft werden.

27.3.2014	Während seines Aufenthaltes in Kabul fordert Präsident Rachmon bei Treffen mit seinen afghanischen, iranischen und pakistanischen Amtskollegen eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit und die Bildung entsprechender zwischenstaatlicher Organisationen.
28.3.2014	Die Regierung verabschiedet eine Schuldenmanagement-Strategie 2015–2017.

## Turkmenistan

22.2.2014	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow fordert bei einer Regierungssitzung die Verbesserung des Internetzugangs für die Bevölkerung.
24.2.2014	Nach Angaben der Facebook-Gruppe »Alternatiwnye Nowosti Turkmenistana« (ANT) ist durch die Begnadigung durch Präsident Berdymuchammedow zum Tag der Nationalflagge nur ein Ausländer frei gekommen. Derzeit sollen mehrere Dutzend Ausländer in turkmenischen Gefängnissen einsitzen, vor allem Bürger der Türkei, Irans und mehrerer GUS-Staaten, darunter auch Russland.
24.2.2014	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Generalsekretär der Energie-Charta, Urban Rusnak, zu Gesprächen über die internationale Energiesicherheit.
26.2.2014	Eine Delegation unter Leitung von Außenminister Raschid Meredow reist zu einer Sitzung des Ständigen Rates der OSZE nach Wien. Dort fordert ihn der Leiter der US-amerikanischen OSZE-Mission, Daniel Baer, auf, den Menschenrechten in seiner Heimat mehr Aufmerksamkeit zu schenken.
26.2.2014	Youtube und Facebook sind in Turkmenistan wieder zugänglich; beide Websites waren seit 2009/2010 gesperrt. Twitter und andere Portale bleiben weiterhin blockiert.
28.2.2014	RFE/RL meldet unter Berufung auf afghanische Behörden, dass afghanische Taliban, die in turkmenisches Staatsgebiet eingedrungen waren, mindestens drei turkmenische Grenzer während einer Patrouille getötet haben.
4.3.2014	Turkmenistan.ru meldet, dass alle Frauen Turkmenistans anlässlich des bevorstehenden Frauentages von Präsident Berdymuchammedow ein Geldgeschenk von 40 Manat (ca. 14 US-Dollar) erhalten.
4.3.2014	Die Taliban bestreiten in einer Mitteilung eine Beteiligung an der Ermordung turkmenischer Grenzer vor vier Tagen und erheben Vorwürfe gegen die afghanischen Behörden, die ihre Bewegung vor den Nachbarstaaten diskreditieren würden.
7.3.2014	Das OSZE-Büro für Demokratie und Menschenrechte (ODIHR) stellt in seinem Abschlussbericht über die Parlamentswahlen in Turkmenistan am 15.12.2013 fest, dass bei den Wahlen die grundlegenden Freiheiten der Bürger ignoriert wurden.
7.3.2014	Außenminister Meredow trifft in Ankara mit seinem türkischen Amtskollegen Ahmed Davetoglu zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit zusammen.
11.3.2014	Erstmals tritt ein Anti-Korruptionsgesetz in Kraft, meldet Gündogar.
11.3.2014	Von den 17 kinderreichen Familien, denen während einer festlichen Zeremonie im Rahmen des Frauentages Wohnungen in einer ehemaligen 13stöckigen Residenz von Ex-Präsident Saparmurat Nijasow in Aussicht gestellt wurden, erhalten nur fünf tatsächlich eine Zusage. Zur Vergabe der übrigen Wohnungen wird von der Stadtverwaltung keine Angabe gemacht.
12.3.2014	In einem Bericht über eine turkmenische Miliz in der grenznahen afghanischen Provinz Farjab auf Gündogar.org, erklärt deren Kommandant Gurbangurdy, dass er Vorstöße der Taliban auf turkmenisches Territorium zu verhindern wisse.
18.3.2014	Gündogar.org meldet, dass in den vergangenen Wochen vermehrt Reservisten zur Sicherung der Grenze zu Afghanistan eingezogen werden.
18.3.2014	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Chef der Hohen Friedensrates Afghanistans, Salahoddin Rabbani, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit.
20.3.2014	Präsident Berdymuchammedow empfängt den UNHCR-Regionalkoordinator für Zentralasien, Saber Azam, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit.
23.3.2014	Präsident Berdymuchammedow reist zu einem Arbeitsbesuch nach China, bei dem es vor allem um die Zusammenarbeit im Textilsektor gehen soll, heißt es in einer Pressemitteilung.
26.3.2014	Präsident Berdymuchammedow besichtigt während eines Arbeitsbesuches im Gebiet Daschogus den Neubau einer Moschee, die 3.000 Gläubigen Platz bieten soll.
28.3.2014	Außenminister Meredow trifft in Kabul mit Vertretern turkmenischer Gruppen in Afghanistan zu Gesprächen zusammen, berichtet Radio Azatlyk.

## Usbekistan

24.2.2014	Nach Angaben eines Dokuments über die sozioökonomische Entwicklung für die UN-Generalversammlung betrug das BIP-Wachstum in Usbekistan 2013 8 %.
24.2.2014	Der Fonds für die Entwicklung Usbekistans beschließt einen Kredit in Höhe von 280 Mio. US-Dollar für den im Sommer 2013 begonnenen Bau der Eisenbahnstrecke Angren–Pap, die das Ferganatal mit dem übrigen Usbekistan verbinden soll. Die Gesamtkosten werden auf 1,9 Mrd. US-Dollar veranschlagt.
25.2.2014	Auf Anordnung von Präsident Islam Karimow werden 2014 insgesamt 2,33 Mrd. US-Dollar für die Implementierung des Programms »Jahr des gesunden Kindes« festgelegt
25.2.2014	Interfax meldet, dass einige Tage zuvor in Petersburg zwei Usbekinnen wegen Menschenhandel verhaftet wurden. Die unverheiratete Mutter eines am 18.2. geborenen Säuglings hatte gemeinsam mit ihrer Mutter versucht, sich des Kindes durch Verkauf zu entledigen.
25.2.2014	Miroslav Jenca, der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs und Chef des regionalen Zentrums für präventive Diplomatie in Zentralasien, erörtert in Taschkent mit Außenminister Abdulasis Kamilow regionale Fragen, insbesondere die der grenzüberschreitenden Flüsse bzw. der Nutzung ihres Wassers. Nach Angaben des Außenministeriums trifft er auch mit den in Taschkent akkreditierten Botschaftern Kasachstans, Kirgistans, Usbekistans und Turkmenistans zu einem Gespräch über die Afghanistanfrage zusammen.
25.2.2014	Vier Männer aus dem Gebiet Kaschkadarja werden zu 15–18 Jahren Haft wegen Spionage für Turkmenistan verurteilt.
25.2.2014	Das Ministerkabinett verabschiedet ein Dekret über die Versorgung abgelegener Orte mit Trinkwasser. Für die Versorgung von Orten ohne Wasserleitungen durch Tankwagen etc. werden 32,8 Mrd. Som (14,3 Mio. US-Dollar) bereitgestellt.
26.2.2014	Die Kommission des Russischen Föderalen Antimonopoldienstes erklärt, dass die beiden usbekischen Mobilfunkanbieter Uzmobile und Rubicon Wireless Communication mit einer Preisabsprache das Gesetz zum Schutz Konkurrenz verletzt und damit die Tochterfirma Uzdunrobota des russischen Mobilfunkanbieter MTS verdrängt haben. Das russische Gesetz erlaubt Beschlüsse auch über Vorgänge außerhalb des russischen Staatsgebietes.
26.2.2014	Die Staatsanwaltschaft bestätigt vorangegangene Medienberichte, dass Abduseit Ormanow und Polat Pardalijew wegen Raub, Vergewaltigung und Ermordung von sieben Frauen in Usbekistan und vier in Kasachstan 2011/12 zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.
26.2.2014	Außenminister Kamilow empfängt Richard Hoagland, U.S. Deputy Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, zu Gesprächen über den Ausbau der bilateralen Beziehungen und die regionale Situation.
1.3.2014	Der bekannte usbekische Sänger Scherali Dschurajew bringt einen neuen, gegen den geplanten Bau des Staudammes von Rogun in Tadschikistan gerichteten Song heraus.
2.3.2014	In Fergana enden dreitägige Gespräche der usbekisch-kirgisischen Arbeitsgruppe zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Grenze.
3.3.2014	Interfax meldet, dass ein usbekisches Gericht 20 Mitglieder einer sich Dschihaddisten nennenden Gruppe zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt habe.
4.3.2014	Das Komitee für Statistik meldet, dass das BIP Usbekistans 2013 bei 53 Mrd. US-Dollar lag, ein Wachstum von 8 % gegenüber dem Vorjahr. 82,8 % wurden im nichtstaatlichen Sektor generiert. Der Anteil von Kleinunternehmen lag bei 55,8 %.
5.3.2014	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik lag die Arbeitslosigkeit 2013 bei 4,9 %, die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter betrug ca. 12,5 Mio., 2,5 % mehr als im Vorjahr.
5.3.2014	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret, in dem Positionen in Staat aufgelistet sind, deren Träger nur mit Einverständnis des Präsidenten bzw. der Regierung ins Ausland reisen dürfen. Eine entsprechende Ergänzung des Strafrechts ist angekündigt.
6.3.2014	Ein Gericht in Taschkent verurteilt die beiden Menschenrechtler Fachriddin Tillajew und Nuriddin Dschumanijasow wegen Menschenhandel zu mehr als achtjährigen Freiheitsstrafen. Tillajew hat selbst nach Aussage der Geschädigten nichts mit der Sache zu tun, Dschumanijasow hatte ihnen die Adresse einer Vermittlungsfirma für Arbeit in Kasachstan gegeben.
6.3.2014	Nach Angaben der Agentur für Presse und Information gab es am 1.3.2014 insgesamt 1.372 aktive Medien.
7.3.2014	Mitarbeiter der Verwaltung des Gebiets Buchara wird die Nutzung nichtusbekischer E-Mailadressen, Internetdienste und sozialer Netzwerke für dienstliche Angelegenheiten verboten.

7.3.2014	Uzbekistan Airways senkt die Preise für eine Reihe von Inlandflügen.
10.3.2014	Außenminister Kamilow empfängt den stellvertretenden japanischen Außenminister, Sinsuke Sugiyama, der sich zu regelmäßigen Konsultationen in Taschkent aufhält.
10.3.2014	Die Regierung beschließt, dass juristische Personen nur noch mit spezieller Erlaubnis der Nationalbank ein Auslandskonto eröffnen dürfen.
11.3.2014	Nach Angaben des Staatskomitees für Privatisierung wurden 2013 82 Unternehmen privatisiert, dabei wurden 44,1 Mrd. Som (19,2 Mio. US-Dollar) eingenommen.
11.3.2014	Das Unterhaus des Parlaments verabschiedet das Gesetz über die Transparenz von Staatsorganen, mit dem der Zugang zu Informationen für die Bürger leichter und die Verantwortlichkeit der Beamten klarer werden soll sowie das Gesetz über soziale Partnerschaft, das die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Staat bei der Implementierung von sozioökonomischen Entwicklungsprogrammen regelt.
12.3.2014	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass am 1.3. in Taschkent ein Major der Miliz wegen Amtsmissbrauch und Annahme von Bestechungsgeldern verhaftet wurde. Er soll 3.000 US-Dollar von einem Augenzeugen angenommen. Andere Stimmen berichten allerdings, dass der Betroffene zu den am wenigsten käuflichen Milizionären Taschkents gehöre.
12.3.2014	Interfax meldet, dass in Samarkand 25 Mitglieder einer nichtregistrierten Baptistengruppe verhaftet wurden, 12 von ihnen sollen minderjährig sein.
12.3.2014	Zum zweiten Mal innerhalb eines Monats werden in Sankt Petersburg zwei Frauen, eine Tadschikin und eine Usbekin, bei dem Versuch verhaftet, ein Neugeborenes zu verkaufen.
12.3.2014	Das Wirtschaftsministerium dementiert Meldungen diverser Medien, dass die Realisierung des CASA-1000 (Stromleitungs)Projektes am 1.7.2014 beginnen würde.
12.3.2014	Die Schweizer Staatsanwaltschaft gibt auf ihrer Website bekannt, dass sie Ermittlungen wegen Geldwäsche gegen Gulnara Karimowa aufgenommen hat.
12.3.2014	In den Niederlanden wurden Vorermittlungen gegen die niederländischen Tochterfirmen von TeliaSonera, TeliaSonera UTA Holding B.V. and TeliaSonera Uzbek Telecom Holding B.V., aufgenommen, meldet ITAR-TASS.
14.3.2014	Gazeta.uz berichtet, dass die Preise für heißes Wasser und Wärmeversorgung in Taschkent ab 1.4. um 6,4% bzw. 11,7% angehoben werden.
14.3.2014	U.S. Deputy Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, Fatema Sumar, trifft zu einem mehrtägigen Besuch in Taschkent ein, bei dem es vor allem um den Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Staaten gehen soll.
14.3.2014	Der Vater des im Exil lebenden Führers der Bewegung Birdamlik, Bachodir Tschorijew, Chassan, ist an einem Herzanfall gestorben, zwei Monate nachdem er nach einer politischen motivierten Verurteilung wg. Vergewaltigung aus dem Gefängnis entlassen worden war.
17.3.2014	Das Finanzministerium beschließt eine Erhöhung der Verbraucherpreise für Gas ab 1.4.2014 von 151,74 Sum (0,06 US-Dollar) auf 165,24 Sum (0,07 US-Dollar) pro m <sup>3</sup> .
17.3.2014	Eine usbekische Delegation unter Leitung von Außenminister Kamilow hält sich zur Teilnahme zur 11. Sitzung des EU-Uzbekistan-Kooperationsrates in Brüssel auf. Nach dem Treffen erklärt der Rat, dass er usbekische Pläne zum WTO-Beitritt unterstütze und ein großes Potential für ökonomische Zusammenarbeit mit Usbekistan sehe. Kamilow trifft in Brüssel auch mit den EU-Kommissaren für Energie und Entwicklung, Günther Oettinger und Andris Piebalgs, zusammen.
17.3.2014	Die Nachrichtenagentur Reuters meldet, dass das US-Justizministerium Untersuchungen gegen die schwedische Telekommunikationsgesellschaft TeliaSonera wegen ihrer Tätigkeit in Usbekistan führt. Gleichzeitig wird bekannt, dass US-amerikanische Untersuchungsbehörden russische Stellen um Unterstützung bei Ermittlungen gegen MTS gebeten hätten.
17.3.2014	Auf einer Pressekonferenz teilt das staatliche Zollkomitee mit, dass die Grenzposten des Landes mit modernem Equipment aufgestattet wurden, das die Vorgänge automatisiert.
18.3.2014	Nach offiziellen Angaben ist der Handelsumsatz mit China 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 32,5% auf 4,5 Mrd. US-Dollar gestiegen. Größter Außenhandelspartner blieb aber Russland mit 7 Mrd. US-Dollar.
19.3.2014	Menschenrechtsorganisationen appellieren an Elmar Brok, den Vorsitzenden des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, bei seinem bevorstehenden Treffen mit Außenminister Kamilow am 20.3. die Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan anzusprechen.

19.3.2014	Das Unterhaus des Parlaments nimmt nach mehrtägiger Beratung die vom Präsidenten vorgeschlagenen Verfassungsänderungen an, mit denen Befugnisse des Präsidenten an den Premierminister übergehen.
19.3.2014	Dem Moskauer Fotografen Konstantin Salomatin wird auf dem Flughafen Taschkent die Einreise nach Usbekistan verwehrt. Er hat noch nie in Usbekistan gearbeitet, aber in Moskau eine Fotoreportage über zentralasiatische Arbeitsmigranten gemacht.
19.3.2014	Central Asia News berichtet, dass Gulnara Karimowa seit nunmehr einem Monat unter Hausarrest stehe. Die Klinik des zu ihrem Wirtschaftsimperium gehörenden MDS-Service, einem der reichsten Unternehmen des Landes, wurde soeben geschlossen.
21.3.2014	Ein Gericht in Sankt Petersburg ordnet auf Ersuchen des Justizministeriums die Schließung der größten Organisation usbekischer Arbeitsmigranten »Umid« (Hoffnung) an.
21.3.2014	Die russische Duma verabschiedet das Gesetz über die Ratifizierung des Abkommens über den Beitritt Usbekistans zur Freihandelszone der GUS, das im Mai 2013 unterzeichnet worden war.
24.3.2014	Das Außenministerium veröffentlicht eine scharfe Erklärung zur Krimfrage. Darin wird die Unantastbarkeit von Grenzen betont und Russland und die Ukraine zu direkten Gesprächen über die Situation der Krim aufgefordert.
24.3.2014	Der Mobilfunkanbieter Uzmobile wird durch eine Regierungsresolution von diversen Steuerzahlungen befreit.
24.3.2014	Die schwedische Staatsanwaltschaft ermittelt nach Angaben von Reuters im Zusammenhang mit ihren Untersuchungen gegen die Telekommunikationsgesellschaft TeliaSonera auch wegen Annahme von Bestechungsgeldern gegen Gulnara Karimowa.
26.3.2014	Der Föderationsrat, das Oberhaus des russischen Parlaments, verabschiedet das Gesetz über die Ratifizierung des Abkommens über den Beitritt Usbekistans zur Freihandelszone der GUS, das im Mai 2013 unterzeichnet worden war.
27.3.2014	Außenminister Kamilow empfängt seinen estnischen Amtskollegen Urmars Paet zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen.
27.3.2014	Ein Moskauer Gericht verfügt die Freilassung des auf usbekisches Ersuchen Ende Januar festgenommenen Unternehmers Erkin Kokini gegen eine Kaution von 4 Mio. Rubel (112,6 Tsd. US-Dollar). Usbekistan hatte seine Auslieferung beantragt.
28.3.2014	Der Rat der regionalen Anti-Terror-Struktur der SOC beschließt auf seiner 24. Sitzung in Taschkent eine Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Abzug der Nato-Truppen aus Afghanistan.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH, vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.

**MANGOLD**  
C o n s u l t i n g



**giz** Deutsche Gesellschaft  
für Internationale  
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2014 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org) • Internet-Adresse: [www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

---

### **Twitter**

<https://twitter.com/laenderanalysen>